



EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

„Das Paradies brennt!“, so lautete eine der zahlreichen, sicherlich nicht immer treffenden Überschriften von Beiträgen, die man im Zusammenhang mit der Jasmin-Revolution in Tunesien lesen konnte. Dass das Land nicht das Paradies war, wussten viele. Gleichwohl konnte Tunesien über Jahre, auch Dank seiner nach Europa ausgerichteten, moderierenden Politik, einige Entwicklungserfolge erzielen. Das Land galt als fester Anker im Maghreb, dem auch die bürgerkriegsartigen Ereignisse im größeren Nachbarland Algerien zu Anfang der neunziger Jahre nichts anhaben konnten. Es wies über Jahre ein gutes Wirtschaftswachstum auf, die Analphabetenrate ist eine der niedrigsten auf dem ganzen Kontinent, die Gleichstellung von Mann und Frau wurde weiter betrieben und gesetzlich sichergestellt. Eine im regionalen Vergleich sehr breite Mittelschicht trug diese Entwicklungen.

Doch am Ende war es nicht das allein, was zählte. Die am häufigsten gefallenen Begriffe während der Demonstrationen in Tunesien waren „Würde“ und „Freiheit“. Die Lehren, die es aus den Ereignissen in Tunesien – wie ähnlichen in der gesamten Region – zu ziehen gilt, sind offensichtlich: Wirtschaftliche Entwicklung und Wachstum lassen sich auf Dauer nicht trennen von der Sicherstellung und Gewährung von Menschenrechten, insbesondere politischer Rechte.

Wegen fortgesetzter Schikanen der Ordnungskräfte, die er als Einschränkung seiner persönlichen Freiheit empfunden haben muss, setzte sich in Tunesien der Gemüsehändler Mohammed Bouaziz selbst in Brand. Seine Verzweiflungstat stand am Beginn der Aufstände, die sich inzwischen auf weite Teile Nordafrikas und des Nahen Ostens ausgeweitet haben. Immer mehr wirtschaftlich und sozial Unzufriedene schlossen sich nach dem Tod Bouaziz' einer Bewegung an, die erst allmählich auch eine politische wurde. Bald

erreichte sie die Hauptstadt Tunis, getragen insbesondere von jungen, akademisch gebildeten Tunesiern. Zur Verbreitung ihrer zunächst, und zum Teil bis heute, sehr heterogenen Ziele, aber auch zur Organisation der Protestkundgebungen nutzten sie das Internet – Facebook, Twitter und Youtube. Der Druck wurde so groß, dass sich Machthaber Zine el Abidine Ben Ali zum Rückzug gezwungen sah.

Kaum jemand hätte Wochen zuvor geahnt, dass das mit Blick auf seine wirtschaftliche und soziale Struktur weit entwickelte und stabile Tunesien eine solche Revolution erleben würde. Die Ereignisse widerlegten die Überzeugung, der nicht nur viele Autokraten in der Region anhängen, sondern auch politische Vertreter des Westens: Erst komme wirtschaftliche und soziale Entwicklung, dann persönliche und politische Rechte. Ein Trugschluss, vielmehr bedingen sich wirtschaftliche und politische Freiheit. Gerade die im Internet vernetzte tunesische Jugend hat gezeigt, dass sie nicht bereit war, die Repressionen des Staates, ausgeführt durch Polizei und Sicherheitsapparate, länger zu akzeptieren, ganz unabhängig von ihrer wirtschaftlichen Situation.

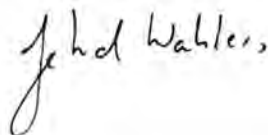
Was in Tunesien begann, hat inzwischen Auswirkungen auf die gesamte Region. Die Demonstranten in Algerien und Ägypten, in Jordanien und im Jemen möchten sich mit der Ankündigung politischer Reformen nicht mehr zufrieden geben. Bei aller Unterschiedlichkeit der Länder und ihrer Machtstrukturen protestieren die Menschen zunächst und vor allem gegen das herrschende Establishment. „Go away“ steht auf den Schildern, gleich gegen welchen autoritären Herrscher sie gerichtet sind.

Dieselben Schilder wurden auch in Ägypten hochgehalten, wo der 82-jährige Hosni Mubarak seit drei Jahrzehnten das Land regiert hat und zuletzt an der dynastischen Übernahme

der Herrschaft durch seinen Sohn Gamal arbeitete. Auch hier zeigte sich, dass wirtschaftlicher Fortschritt keine Demokratiefortschritte ersetzen kann. Trotz ansehnlicher Wachstumszahlen der letzten Jahre ging die soziale Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander. Auch hier wollte die im Internet vernetzte, im Leben perspektivlose Jugend nicht länger auf angekündigte Veränderungen oder politische Placebos warten.

Die Botschaft der Menschen auf den Straßen von Maghreb und Maschrek lautet: Wir wollen in Würde leben. Dazu gehört sicherlich ein gewisses Maß an Wohlstand und sozialer Sicherheit, dazu gehören aber eben genauso persönliche Freiheit und politische Mitbestimmung. Darauf haben die Menschen in der Region lange gewartet. Gewiss ist auch: Es wird ein beschwerlicher Weg. Teilweise erleben Länder durch den Wegfall staats- und gesellschaftsstragender Parteien den völligen Umbau, sie müssen sich neu organisieren. Neben den aufzubauenden rechtsstaatlichen Institutionen müssen die ersten demokratischen Gehversuche unternommen werden, auch der Umgang mit den islamistischen Gruppen muss bedacht werden. Bei aller Euphorie müssen wir uns der Fragilität stellen, die derartige Umbruchsituationen mit sich bringt: Die Gefahr des Abgleitens in Chaos und Anarchie besteht nach wie vor.

Die Herausforderungen, die vor den Ländern der Region liegen, sind immens. Gerade die Politischen Stiftungen sind nun aufgerufen, die gesellschaftlichen und politischen Umbrüche in der Region zu begleiten. Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist sich dieser Aufgabe bewusst und sieht darin eine ihrer Schwerpunktaufgaben der kommenden Jahre.



Dr. Gerhard Wahlers
Stellvertretender Generalsekretär